

AußenwirtschaftsNews – China

10/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Chinas Wirtschaft ist um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen, das waren 0,1 Prozentpunkte weniger als im Vorquartalswert, allerdings etwas mehr als Analysten erwartet hatten.
- Der chinesische Handelsminister kündigte ein weiteres Konjunkturpaket an, mit dem China zusätzliche Schulden in Höhe von 774 Milliarden Euro aufnehmen würde. Dabei steht, wie in allen Konjunkturpaketen bisher, vor allem der chinesische Immobiliensektor im Fokus. Zudem sollen Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen unterstützt werden und das Kapital der staatlichen Banken erhöht werden. Die meisten Ökonomen gehen davon aus, dass China das Wachstumsziel von 5 Prozent für 2024 knapp verfehlen wird. So hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für China auf seiner Jahrestagung in Washington D. C. gesenkt. Er rechnet 2024 mit einem Wachstum von 4,8 Prozent (statt 5,0 Prozent). Für 2025 prognostiziert der IWF eine Wachstumsrate von 4,5 Prozent.
- Um die Wirtschaft zu beleben, hat die People's Bank of China erneut die Leitzinsen für ein- und fünfjährige Kredite um 25 Basispunkte gesenkt. Die Leitzinsen für einjährige Kredite liegen nun bei 3,1 Prozent, die Leitzinsen für fünfjährige Zinsen bei 3,6 Prozent.

2 Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen

- In einer von Merics veröffentlichten [Studie](#) wird eine Ungleichheit der Importabhängigkeit zwischen China und der EU bzw. China und den USA aufgezeigt. Demnach hat die Abhängigkeit der westlichen Staaten von China deutlich zugenommen, während China weniger abhängig von Importen aus den USA und China geworden ist. Auffällig ist dabei, dass China den Import von verarbeiteten und veredelten Gütern deutlich diversifiziert hat, im Gegensatz zu den USA und der EU, die sich seit 2000 immer abhängiger von China gemacht haben.
- In seiner Veröffentlichung [Markets International](#) analysiert GTAI, wie sich die Zukunftstrends grüne Transformation, E-Mobilität und Autonomes Fahren, Künstliche Intelligenz

in Asien entwickeln. China bietet einerseits aufgrund seiner strategischen Investitionen in grüne Technologien, den Aufbau von Chiplieferketten und in neue Infrastruktur Geschäftschancen. Ein Beispiel: Die Metropole Shenzhen will bis 2030 eine Verkehrsinfrastruktur für autonomes Fahren umsetzen. Gleichzeitig stehen deutsche Unternehmen vor der Herausforderung eines unfairen Wettbewerbs durch die staatlichen Eingriffe der chinesischen Regierung und müssen die geopolitischen Risiken abwägen.

3 Handelspolitik

- Nach dem mehrheitlichen Beschluss der EU-Länder für Ausgleichszölle auf chinesische E-Autos könnten diese Anfang November in Kraft treten. Bei der Abstimmung stimmte Deutschland gegen die Zölle, während Frankreich die Zölle befürwortet. Deutschland fürchtet um seinen Absatzmarkt für deutsche Autos in China. Nach wie vor kann die EU-Kommission jedoch mit China eine Verhandlungslösung erzielen.
- In einem Pressestatement sagte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., dass Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen, die durch chinesische Subventionen entstehen, nicht hinnehmbar sind und die EU entsprechend darauf reagieren muss. Zölle seien dabei aber nicht der richtige Weg. Aufgrund der Bedeutung des chinesischen Marktes für bayerische Unternehmen ist es von zentraler Bedeutung zu verhandeln und eine gemeinsame Lösung zu finden. Zölle führten nur zu einer Eskalation des Handelskonflikts zwischen China und der EU.
- Als Reaktion auf die Zölle der Europäischen Union auf Elektroautos hat das chinesische Handelsministerium Zölle auf europäische Produkte, wie Cognac angekündigt. Gleichzeitig erwägt China die Erhebung von Zöllen gegen Fahrzeuge mit einem Hubraum, größer als 2,5 Liter. Wie die [Tagesschau](#) berichtet, möchte die EU-Kommission dagegen bei der WTO Beschwerde einreichen, da diese unbegründet seien.
- Bereits im August kündigte Peking an, Zölle für Milch, die aus der EU stammt, aufgrund der Subventionen für die Molkereiindustrie zu überprüfen. Wie die [Tagesschau](#) berichtet, prüft China diese Zölle bis zum 21.08.2025. [Euronews](#) zufolge konkretisierte China nun die Untersuchung und kündigte an, bestimmte Unternehmen der EU, u. a. aus Italien, Belgien und Österreich genauer zu beobachten, um die Zölle zu bestimmen.
- Einer Untersuchung des [IW-Köln](#) zufolge ist die chinesische Währung um rund 25 Prozent gegenüber dem Euro deutlich unterbewertet. Das sei neben den günstigeren Produktionsbedingungen ein weiterer wichtiger Grund, weshalb chinesische Unternehmen ihre Produkte in Europa wesentlich billiger anbieten können. Daher könnte eine Wechselkursaufwertung des chinesischen Yuan gegenüber dem Euro eine Lösung des Handelskonfliktes sein.



Ansprechpartner

Eva Apfel

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Lisa Zölch

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.